

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Umwelt und Energie
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

29. November 2016
1 von 2

zur 7. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie lade ich ein
für

**Dienstag, 6. Dezember 2016, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Transporter für KONRAD**
Anfrage der FDP-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Dr. Cornelia Janusch
- 101.18.287 -
- 2. Einführung einer Wertstofftonne in Kassel**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.18.313 -
- 3. Material Kunstrasenplätze**
Anfrage der Fraktion Freie Wähler + Piraten
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Volker Berkhout
- 101.18.344 -
- 4. Einsatz von Pestiziden**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Christine Hesse
- 101.18.350 -

5. Vorstellung Kasseler Blühflächenkonzept

Antrag der Fraktion B90/Grüne

Berichterstatter/in: Stadtverordnete Christine Hesse

- 101.18.351 -

6. Wertstofftonne in Kassel

Antrag der SPD-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Harry Völler

- 101.18.354 -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eva Koch
Vorsitzende

Niederschrift
über die 7. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Energie
am **Dienstag, 6. Dezember 2016, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

15. Dezember 2016
1 von 7

Anwesende:

Mitglieder

Eva Koch, Vorsitzende, B90/Grüne
Stefan Kortmann, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD
Helene Freund, Mitglied, SPD
Johannes Gerken, Mitglied, SPD (Vertretung für Oliver Schmolinski)
Harry Völler, Mitglied, SPD
Dr. Jacques Bassock, Mitglied, CDU (Vertretung für Valentino Lipardi)
Saskia Spohr-Frey, Mitglied, CDU (Vertretung für Brigitte Thiel)
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD
Volker Berkhout, Mitglied, Piraten

Teilnehmer mit beratender Stimme

Metin Öztürk, Vertreter des Ausländerbeirates
Mark Willich, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat

Richard Schramm, Stadtrat, B90/Grüne

Schriftführung

Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Dr. Cornelia Janusch, Mitglied, FDP
Ilker Sengül, Mitglied, Kasseler Linke
Elisabeth Kraft, Vertreterin des Seniorenbeirates
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Gerhard Halm, Die Stadtreiniger Kassel
Peter Wüstemann, Umwelt- und Gartenamt

Tagesordnung:

1. **Transporter für KONRAD** 101.18.287
2. **Einführung einer Wertstofftonne in Kassel** 101.18.313

3. Material Kunstrasenplätze	101.18.344	2 von 7
4. Einsatz von Pestiziden	101.18.350	
5. Vorstellung Kasseler Blühflächenkonzept	101.18.351	
6. Wertstofftonne in Kassel	101.18.354	

Vorsitzende Koch eröffnet die mit der Einladung vom 29. November 2016 ordnungsgemäß einberufene 7. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Koch teilt mit, dass die Stadtverordnete Dr. Janusch, FDP-Fraktion, gebeten hat, den Tagesordnungspunkt

1. Transporter für KONRAD

Anfrage der FDP-Fraktion

- 101.18.287 -

abzusetzen und auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie zu schieben, da sie für die heutige Sitzung entschuldigt ist. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ferner teilt sie mit, dass sie die Tagesordnungspunkte

2. Einführung einer Wertstofftonne in Kassel

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.313 -

und

6. Wertstofftonne in Kassel

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.18.354 -

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufrufen wird. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

Vorsitzende Koch stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Transporter für KONRAD

Anfrage der FDP-Fraktion

- 101.18.287 -

Abgesetzt

Vorsitzende Koch ruft die Tagesordnungspunkte 2 und 6 gemeinsam zur Beratung auf. Die Abstimmung erfolgt getrennt. 3 von 7

2. Einführung einer Wertstofftonne in Kassel

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.313 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger Kassel“ alle notwendigen Maßnahmen und Vorbereitungen zu Einführung einer Wertstofftonne in Kassel zu treffen, damit bei in Kraft treten des im Entwurfsstadium befindlichen Verpackungsgesetzes eine Wertstofftonne für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden kann. Über die Konzeption und die Kosten ist der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig im Vorfeld zu berichten.

Stadtverordneter Kortmann, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Halm, Betriebsleiter Die Stadtreiniger Kassel, beantwortet.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie fasst bei
Zustimmung: CDU, AfD, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke, FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Einführung einer Wertstofftonne in Kassel, 101.18.313, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Völler

6. Wertstofftonne in Kassel
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.354 -

4 von 7

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich in der Vergangenheit immer dafür ausgesprochen, dass die Zuständigkeit für die Erfassung von Wertstoffen (Altpapier, Glas, Metalle, Kunststoffe) bei den Kommunen liegt und diese darüber entscheiden dürfen, ob die Sammlung einem eigenen kommunalen Unternehmen oder einem Dritten übertragen wird.

Das im Entwurfsstatus befindliche Verpackungsgesetz sieht eine eigenständige Entscheidung der Kommune über die Einführung einer Wertstofftonne bisher nicht vor.

Solange die Rahmenbedingungen, die Kostenregelungen und die gemeinsame Erfassung von Verpackungen und Wertstoffen offen sind, wird eine Wertstofftonne in Kassel nicht eingeführt.

Der Magistrat der Stadt Kassel wird als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass im Rahmen einer neuen Abstimmungsvereinbarung mit den Systembetreibern eine Wertstofftonne auch für stoffgleiche Nichtverpackungen in Kassel den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden kann.

Soweit eine Wertstofftonne in Kassel eingeführt werden kann, ist im Rahmen des Verfahrens zur Abfallsatzung im Ausschuss für Umwelt und Energie zu berichten. Insbesondere sollen die Auswirkungen auf die Abfallgebühren und die Sammelsysteme dargestellt werden.

Der Magistrat der Stadt Kassel wird weiterhin gebeten, sich bei den Kommunalen Spitzenverbänden und bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass diese ihren Einfluss geltend machen und sich im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens für ein Verpackungsgesetz dafür einsetzen, dass eine kommunale Steuerungsverantwortung für die Entsorgung von Wertstoffen vorsieht.

Stadtverordneter Völler, SPD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Halm, Betriebsleiter Die Stadtreiniger Kassel, beantwortet.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, AfD, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: CDU
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke, FDP
den

5 von 7

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Wertstofftonne in Kassel, 101.18.354, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kortmann

3. Material Kunstrasenplätze

Anfrage der Fraktion Freie Wähler + Piraten
- 101.18.344 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie beurteilt die Verwaltung die Gefährdung von Gummi-Granulat mit Weichmacher-Ölen? [1]
2. Kann ausgeschlossen werden, dass schädliches Gummi-Granulat mit Weichmacher-Ölen auf Kunstrasenplätzen und Spielplätzen in Kassel verwendet wird?
3. Welches Material wird auf Kunstrasenplätzen und Spielplätzen in Kassel verwendet?

Die Anfrage wird von Stadtverordneten Berkhout, Fraktion Freie Wähler + Piraten, begründet. Stadtrat Schramm beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Schramm erklärt Vorsitzende Koch die Anfrage für erledigt.

4. Einsatz von Pestiziden

6 von 7

Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.350 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Werden Pestizide von der Stadt Kassel bzw. im Auftrag der Stadt Kassel eingesetzt? Wenn ja, bitte aufschlüsseln welche Arten von Pestiziden mit welchen Wirkstoffen in welchen Mengen auf welchen Flächen und aus welchen Gründen eingesetzt werden.
2. Welche Maßnahmen ergreift der Magistrat, um beim Einsatz von Pestiziden Schäden an Nicht-Zielorganismen zu vermeiden?
3. Welche biologischen oder mechanischen Maßnahmen könnten oder werden ggf. schon alternativ eingesetzt?
4. In welchem Rahmen und durch wen werden Privatgrundstücksbesitzer und Gartenvereine über die korrekte Anwendung, über Gefahren des Pestizideinsatzes und über Alternativen zum Pestizideinsatz informiert?
5. Ist der Stadt Kassel bekannt, ob beziehungsweise in welcher Weise die Museumslandschaft Hessen Kassel Pestiziden einsetzt?

Stadtverordnete Hesse, Fraktion B90/Grüne, begründet die Anfrage. Stadtrat Schramm führt in die Thematik ein und sagt auch eine schriftliche Beantwortung der Anfrage mit der Niederschrift zu. Im Anschluss übergibt er das Wort an Herrn Wüstemann, Umwelt- und Gartenamt. Herr Wüstemann beantwortet die Anfrage. Die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von Stadtrat Schramm und Herrn Wüstemann beantwortet.

Stadtverordneter Völler, SPD-Fraktion, möchte wissen, ob der Pestizid-Einsatz auf landwirtschaftlich genutzten städtischen Flächen in den Pachtverträgen der Stadt Kassel geregelt ist. Stadtrat Schramm sagt dazu eine schriftliche Antwort mit der Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Schramm und Herrn Wüstemann, Umwelt- und Gartenamt, erklärt Vorsitzende Koch die Anfrage für erledigt.

5. Vorstellung Kasseler Blühflächenkonzept

7 von 7

Antrag der Fraktion B90/Grüne

- 101.18.351 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, über die Entwicklung des Kasseler Blühflächenkonzepts in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Energie zu berichten.

Stadtverordnete Hesse, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Kasseler Linke, FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Vorstellung Kasseler Blühflächenkonzept, 101.18.351, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Hesse

Ende der Sitzung: 17:57 Uhr

Eva Koch
Vorsitzende

Cenk Yildiz
Schriftführer



Die Liberalen im Rathaus

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3310
Telefax 0561 787 3312
info@fdp-fraktion-kassel.de
www.FDP-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.287

20. September 2016
1 von 1

Transporter für KONRAD

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie hoch ist die jährliche Kilometerfahrleistung der Transporter, die die Fahrräder des Fahrradverleihsystems KONRAD auf die Ausleihstationen im Stadtgebiet verteilen?
2. Wie hoch ist der jährliche Kraftstoffverbrauch der Transporter?
3. Welche jährliche CO₂-Belastung ergibt sich daraus?

Fragesteller/-in:

Stadtverordnete Dr. Cornelia Janusch

gez. Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.313

6. Oktober 2016
1 von 1

Einführung einer Wertstofftonne in Kassel

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger Kassel“ alle notwendigen Maßnahmen und Vorbereitungen zu Einführung einer Wertstofftonne in Kassel zu treffen, damit bei in Kraft treten des im Entwurfsstadium befindlichen Verpackungsgesetzes eine Wertstofftonne für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden kann. Über die Konzeption und die Kosten ist der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig im Vorfeld zu berichten.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt den Entwurf eines Verpackungsgesetzes, wonach die Kommunen bei der Frage der Abfallsammlung künftig eigenständig über die Einführung einer Wertstofftonne entscheiden können. Insbesondere wird das Hauptziel dieses Gesetzes, künftig wesentlich mehr Abfälle aus privaten Haushalten zu recyceln als ein zukunftsweisender Weg in der Frage der Abfallbeseitigung gesehen. Mit der Wertstofftonne wird die getrennte Sammlung von Abfällen noch effizienter. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden aufgerufen dieses Gesetz möglichst schnell zu verabschieden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

27. Oktober 2016
1 von 1

Vorlage Nr. 101.18.344

Material Kunstrasenplätze

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie beurteilt die Verwaltung die Gefährdung von Gummi-Granulat mit Weichmacher-Ölen? [1]
2. Kann ausgeschlossen werden, dass schädliches Gummi-Granulat mit Weichmacher-Ölen auf Kunstrasenplätzen und Spielplätzen in Kassel verwendet wird?
3. Welches Material wird auf Kunstrasenplätzen und Spielplätzen in Kassel verwendet?

[1] <http://www1.wdr.de/wissen/mensch/fussball-granulat-100.html>

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Volker Berkhout

gez. Volker Berkhout
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Vorlage Nr. 101.18.350

31. Oktober 2016
1 von 1

Einsatz von Pestiziden

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Wirkung der mit Pflanzenschutzmitteln verbundenen Stoffe lässt sich nur schwer abschätzen, sie sind potenziell eine Gefahr für die biologische Vielfalt. Studien belegen, dass bestimmte Pestizide schädlich für den Bestand der Honigbienen und Nutzinsekten sind.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Magistrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

Wir fragen den Magistrat:

1. Werden Pestizide von der Stadt Kassel bzw. im Auftrag der Stadt Kassel eingesetzt? Wenn ja, bitte aufschlüsseln welche Arten von Pestiziden mit welchen Wirkstoffen in welchen Mengen auf welchen Flächen und aus welchen Gründen eingesetzt werden.
2. Welche Maßnahmen ergreift der Magistrat, um beim Einsatz von Pestiziden Schäden an Nicht-Zielorganismen zu vermeiden?
3. Welche biologischen oder mechanischen Maßnahmen könnten oder werden ggf. schon alternativ eingesetzt?
4. In welchem Rahmen und durch wen werden Privatgrundstücksbesitzer und Gartenvereine über die korrekte Anwendung, über Gefahren des Pestizideinsatzes und über Alternativen zum Pestizideinsatz informiert?
5. Ist der Stadt Kassel bekannt, ob beziehungsweise in welcher Weise die Museumslandschaft Hessen Kassel Pestiziden einsetzt?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Christine Hesse

gez. Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender

Ø

Anlage zu TOP 4

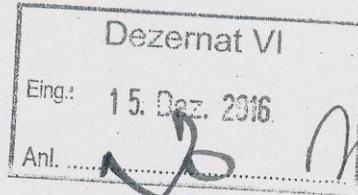
- 67 -

Umwelt - u. Gartenamt

Kassel, 14.12.2016/Me
Herr Wüstemann, ☎ 62 44

An

- VI -



**Anfrage zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie
am 6. Dezember 2016
Einsatz von Pestiziden, Fragestellerin: Christine Hesse
Vorlage-Nr. 101.18.350**

1. *Werden Pestizide von der Stadt Kassel bzw. im Auftrag der Stadt Kassel eingesetzt? Wenn ja, bitte aufschlüsseln welche Arten von Pestiziden mit welchen Wirkstoffen in welchen Mengen auf welchen Flächen eingesetzt und aus welchen Gründen eingesetzt werden.*

Die Stadt Kassel hat die angesprochene Problematik schon vor Jahren erkannt, daher hat die Stadtverordnetenversammlung bereits 1981 einen Beschluss gefasst, auf den Einsatz von Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln, explizit Herbizide und Insektizide, auf städtischen Grünflächen und Freiflächen zu verzichten. Die Pflegepläne sollen daher mechanische und biologische Anwendungen vorsehen. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Selbstverpflichtung der Stadt Kassel - so wie es die Initiative Pestizidfreie Kommune vorsieht.

Dieser Beschluss hat auch heute noch Gültigkeit und wird von den städtischen Ämtern, die davon betroffen sind, bis auf wenige Ausnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht beachtet und umgesetzt.

Unsere Vorbildfunktion ist sicherlich heute immer noch gegeben.

Über bestimmte Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln –auf jeden Fall im privaten Bereich– entscheidet aber nicht die Stadt Kassel sondern der Pflanzenschutzdienst Hessen des Regierungspräsidiums Gießen auf Antrag. Nach Bekanntmachung des Pflanzenschutzdienstes Hessen ist seit 1. Juli 2015 der Einsatz von Glyphosat-haltigen Herbiziden auf Wegen, Plätzen und sonstigem Nichtkulturland in Hessen genehmigungspflichtig und nur noch in begründeten Ausnahmefällen möglich.

Nach entsprechender Rückfrage bei den betroffenen Ämtern der Stadtverwaltung ist festzuhalten, dass weder bei den Stadtreinigern noch beim Umwelt- und Gartenamt Pflanzenschutzmittel auf öffentlichen Flächen und Wegen eingesetzt werden. Wenige Ausnahmetatbestände lagen beim Sportamt vor. Vereinzelt wurden dort Genehmigungen vom Pflanzenschutzdienst Hessen zum Einsatz Glyphosat-haltiger Anwendungsmittel erteilt.

Grund hierfür ist die Verkehrssicherungspflicht für die Benutzung von Tennenbelägen auf Sportplätzen. Allerdings wurden auch hier aufgrund der Diskussion um Glyphosat-haltige Pflanzenschutzmittel solche Mittel letztmalig im Frühjahr 2014 eingesetzt. Um trotzdem die Benutzung der Tennenflächen zu gewährleisten, ohne die Sicherheit der Benutzer zu gefährden, werden zurzeit andere Möglichkeiten getestet.

2. Welche Maßnahmen ergreift der Magistrat, um beim Einsatz von Pestiziden Schäden an Nicht-Zielorganismen zu vermeiden?

Es werden keine Pestizide eingesetzt.

3. Welche biologischen oder mechanischen Maßnahmen könnten oder werden ggf. schon alternativ eingesetzt?

Beim Umwelt und Gartenamt werden Wildkrautbürsten, angebaut an Kleintraktoren oder als handgeführtes Gerät (wie Rasenmäher) eingesetzt. Weiterhin wird ein Infrarot-Gerät (Flammtechnik mit Propangas) zur Beseitigung von Unkraut auf Wegeflächen eingesetzt. Aktuell wurde dem Umwelt- und Gartenamt Heißluftgerät vorgeführt. Hierbei wird Luft mit einem Brenner erhitzt und auf den Bewuchs geblasen. Über die Anschaffung eines solchen Gerätes muss noch entschieden werden.

4. In welchem Rahmen und durch wen werden Privatgrundstücksbesitzer und Gartenvereine über die korrekte Anwendung, über Gefahren des Pestizideinsatzes und über Alternativen zum Pestizideinsatz informiert?

Eine Information von Privatpersonen erfolgt durch die Stadt nur bei konkreter Nachfrage. Solche Nachfragen laufen immer wieder über das Umwelttelefon oder direkt beim Umwelt- und Gartenamt auf. Darüber hinausgehende Informationen erfolgen durch die Stadt nicht.

Auf der Homepage des Pflanzenschutzdienstes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt wird umfangreich über die gesetzlichen Regelungen und Alternativen zum Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln informiert.

Nach Auskunft des Stadt- und Kreisverbandes der Kleingärtner ist der Einsatz von Pestiziden in den Kleingärten untersagt. Ein entsprechender Passus ist in der Gartenordnung der Vereine festgelegt, welcher von den Pächtern unterschrieben wird. Die Regelung basiert auf einer rechtlichen Vorgabe aus dem Bundeskleingartengesetz. Demnach „sollen die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Nutzung und Bewirtschaftung des Kleingartens berücksichtigt werden“ (§ 3(1) BKleingG).

5. Ist der Stadt Kassel bekannt, ob beziehungsweise in welcher Weise die Museumslandschaft Hessen Kassel Pestizide einsetzt?

Zur Beantwortung der Frage wurde MHK um Stellungnahme gebeten und sagt dazu folgendes aus:

„In den Parkanlagen der MHK wird hinsichtlich des Herbizid-Einsatzes folgendermaßen verfahren:

STAATSPARK KARLSAUE:

Es werden seit zwei Jahren keine Herbizide mehr eingesetzt, sondern alternativ nur noch das Wildkrautvernichtungsgerät „ELMO“ Therm-Gerät. Dieses erzeugt heißes Wasser, welches dann mit einem Schaum aus Kokosnuss und Mais auf die Pflanzen ausgebracht wird.

BERGPARK WILHELMSHÖHE:

Hier kommt ebenfalls das „ELMO“ Therm-Gerät zum Einsatz.

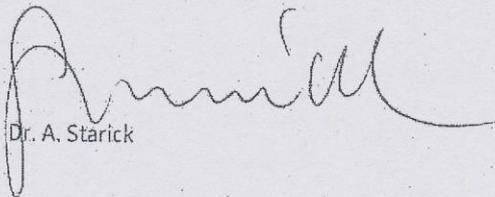
Darüber hinaus werden aber auch noch Herbizide auf den vom RP Gießen genehmigten Flächen ausgebracht. Seit 2016 werden auch hier keine Glyphosat-haltigen Mittel mehr angewendet, sondern ausschließlich Finalsan (Zusatzinfo: Finalsan® ist im Verzeichnis nach § 17 des PflSchG für die Anwendung auf Flächen für die Allgemeinheit genehmigt und zugelassen. Der Wirkstoff von Finalsan® ist die Pelar-

gonsäure, welche zu den Fettsäuren gehört. Pelargonsäure kommt in der Natur z.B. in natürlichen Ölen und in Pflanzen der Storchenschnabelgewächse (Geraniaceae) vor.

Insgesamt wurden im Bergpark ca. 7 ha mit Herbiziden behandelt

6. *Nachfrage in der Sitzung am 06. Dezember durch Herr Völler SPD-Fraktion: Ist der Pestizid-Einsatz auf landwirtschaftlich genutzten städtischen Flächen in den Pachtverträgen geregelt?*

In den Pachtverträgen ist derzeit kein grundsätzliches Verbot ausgesprochen. Im Wortlaut heißt es dort: „Der Pächter hat den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln nach Möglichkeit zu vermeiden oder auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Stadt behält sich vor, den Einsatz dieser Mittel zu verbieten.“



Dr. A. Starick



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
fraktion@gruene-kassel.de
www.GRUENE-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.351

31. Oktober 2016
1 von 1

Vorstellung Kasseler Blühflächenkonzept

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, über die Entwicklung des Kasseler Blühflächenkonzepts in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Energie zu berichten.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Christine Hesse

gez. Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender



Vorlage Nr. 101.18.354

7. November 2016
1 von 2

Wertstofftonne in Kassel

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich in der Vergangenheit immer dafür ausgesprochen, dass die Zuständigkeit für die Erfassung von Wertstoffen (Altpapier, Glas, Metalle, Kunststoffe) bei den Kommunen liegt und diese darüber entscheiden dürfen, ob die Sammlung einem eigenen kommunalen Unternehmen oder einem Dritten übertragen wird.

Das im Entwurfsstatus befindliche Verpackungsgesetz sieht eine eigenständige Entscheidung der Kommune über die Einführung einer Wertstofftonne bisher nicht vor.

Solange die Rahmenbedingungen, die Kostenregelungen und die gemeinsame Erfassung von Verpackungen und Wertstoffen offen sind, wird eine Wertstofftonne in Kassel nicht eingeführt.

Der Magistrat der Stadt Kassel wird als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass im Rahmen einer neuen Abstimmungsvereinbarung mit den Systembetreibern eine Wertstofftonne auch für stoffgleiche Nichtverpackungen in Kassel den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden kann.

Soweit eine Wertstofftonne in Kassel eingeführt werden kann, ist im Rahmen des Verfahrens zur Abfallsatzung im Ausschuss für Umwelt und Energie zu berichten. Insbesondere sollen die Auswirkungen auf die Abfallgebühren und die Sammelsysteme dargestellt werden.

Der Magistrat der Stadt Kassel wird weiterhin gebeten, sich bei den Kommunalen Spitzenverbänden und bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass diese ihren Einfluss geltend machen und sich im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens für ein Verpackungsgesetz dafür einsetzen, dass eine kommunale Steuerungsverantwortung für die Entsorgung von Wertstoffen vorsieht.

2 von 2

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Harry Völler

gez. Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender